

der EVP ausgetreten. Aber dieser Schritt lässt keine Rückschlüsse darauf zu, inwieweit eine Bewegung nach links innerhalb der EVP wahrscheinlich wird. Vielmehr besteht die Gefahr, ausgelöst durch eine allgemeine Europamüdigkeit und verbreitete Skepsis gegenüber der EU in den meisten europäischen Gesellschaften, dass diese den Mitgliedsparteien der EVP (aber auch den europäischen Sozialisten und Liberalen) dazu dient, diese Stimmungen aufzunehmen, und zumindest partiell in Politik umzusetzen, um den erstarkenden anti-europäischen Kräften von Links und Rechts den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Die Gefahr, die dabei besteht, ist allerdings, die Beispiele der flämischen und niederländischen Christdemokraten belegen dies, dass das europapolitische und soziale Profil der EVP zuungunsten einer

undefinierbaren Mischung aus Euroskepsis und Marktliberalismus verschwimmt und die Wähler am Ende, bei allem politischen Opportunismus, doch lieber das Original als die, historisch gesehen, schlechte Kopie wählen.

Eine derart gewendete und geschwächte EVP wäre weder im Interesse der EU noch im Interesse der europäischen Sozialdemokraten, gilt es doch in den nächsten Jahren, unter den Bedingungen des Lissabon-Vertrages, die EU zu einem politischen, sozialen und ökologischen Akteur auf der Weltbühne umzugestalten. Dieses Ziel können – trotz aller sachlichen Differenzen – EVP und PSE im Kern nur gemeinsam erreichen. Dazu ist es allerdings notwendig, dass sich beide Parteien wieder stärker ihrer wesentlichen Wurzeln – christliche Soziallehre und demokratischer Sozialismus – erinnern.

*Karin Priester*

## Rechtspopulismus und Demokratie in Europa

*Der populistische Kampf zielt immer auch auf reale Probleme wie Elitenverfälschung, Korruption, überbordende Bürokratisierung und technokratische Gesellschaftssteuerung und ist also nicht nur pure Demagogie. Dahinter verbirgt sich aber der zentrale Angriff auf das liberal-demokratische Staatsverständnis – im Namen von mehr Demokratie. Ist Populismus deshalb eine ernsthafte Herausforderung für die Demokratie oder nur ein episodisches, in seiner Reichweite begrenztes Phänomen?*

**Karin Priester**

(\* 1941) lehrt Soziologie an der Universität Münster.

priestek@uni-muenster.de



Gründe noch die geringste Rolle. So liegt beispielweise die Erwerbslosenquote gerade in jenen Ländern mit den größten rechtspopulistischen Parteien, in der Schweiz, in Norwegen und Dänemark, mit jeweils unter 3 % weit unter EU-Durchschnitt. Entscheidender – und in den 90er Jahren im Zentrum des westeuropäischen Rechtspopulismus – ist dagegen die Entwicklung und die Rolle des Wohlfahrtsstaates. An ihm entzündeten sich zwei Kernmerkmale von Populismus: der Kampf gegen die »ab-

Die Entstehungsgründe für den Rechtspopulismus sind so vielfältig wie die Bewegungen selbst. Dabei spielen ökonomische

geschottete«, kartellartig agierende Elite und die ethnisch-kulturelle Identitätspolitik. Dagegen zeigen Länder mit einem wenig entwickelten Wohlfahrtssystem (Spanien, Portugal, Griechenland, Irland) kaum rechtspopulistische Tendenzen. Eine Wähleranalyse zum flämischen Vlaams Belang ist der Frage nachgegangen, wieso Menschen aus unteren sozialen Schichten ein ihren Interessen scheinbar entgegenstehendes, »unnatürliches Wählerverhalten« (Anton Derks) an den Tag legen und eine Partei wählen, die sich der Kritik am Wohlfahrtsstaat verschrieben hat. Es konnte gezeigt werden, dass dem gar nicht so ist und diese Wähler keineswegs für eine neoliberale Wirtschaftspolitik votierten, sondern für einen anderen, ethnisch begrenzten Wohlfahrtsstaat. Die Kritik richtet sich nicht gegen den intervenierenden Staat als solchen, sondern gegen seine universalistischen Grundlagen und seine »technokratische« Umverteilungspolitik. Der Slogan des Vlaams Belang, »Eigen volk eerst«, ist der Generalimperativ eines jeden Rechtspopulismus.

### **Verwirrendes Demokratieverständnis**

Populismus hat immer eine antiinstitutionelle und antielitäre Stoßrichtung; das unterscheidet ihn von der autoritären, elitären und etatistischen Rechten. Der populistische Kampf gegen Elitenverfälschung, Korruption, überbordende Bürokratisierung und technokratische Gesellschaftsteuerung ist indessen nicht pure Demagogie, sondern verweist auf reale Probleme der modernen Demokratie. Verwirrend am Populismus ist nun, dass er, im Gegensatz zu Rechtsextremismus und Neofaschismus, nicht gegen die Demokratie, sondern für mehr Demokratie eintritt. Noch verwirrender ist, dass sich auch Teile der Linken auf diesen Flirt mit dem Feind einlassen und glauben, ausgerechnet Carl Schmitt,

den theoretischen Totengräber des Parlamentarismus, für sich adaptieren zu können. Was den Rechtspopulismus so gefährlich macht, sind nicht so sehr Fremdenfeindlichkeit, Ausländerhass und ethnische Prioritätensetzung. Das ist zwar bedenklich genug, aber es handelt sich um Sekundärfolgen eines viel grundsätzlicheren Angriffs auf das liberal-demokratische Demokratieverständnis – im Namen von mehr Demokratie.

Noch im 19. Jahrhundert waren »liberal« und »demokratisch« Gegensätze. Die damaligen Linken, die Demokraten, beriefen sich mit Rousseau auf den Gedanken der Volkssouveränität; Liberale und Konservative waren und sind dagegen bis heute von einem tiefen Misstrauen gegenüber den Volksmassen durchdrungen. Seit der Zeit der Jakobiner und Sansculotten ist ihr Trauma die »Herrschaft des Pöbels«, die nicht von Vernunft, sondern von irrationalen, niederen Instinkten geleitet werde. Edmund Burke war es, der den Ausweg aus dem Dilemma fand, wie die Beteiligung des Volkes an der Politik wieder eingeschränkt und in »vernunftgemäße« Bahnen gelenkt werden könne: Keine Delegation des politischen Willens mit gebundenem Mandat, sondern freies Mandat, beruhend auf dem Vertrauen (*trust*) der Wähler in ihre Repräsentanten. In den westlichen Demokratien hat sich bekanntlich dieses Repräsentationsmodell gegen Formen der direkten Demokratie durchgesetzt. Auch die Linke verfolgt längst nicht mehr rätendemokratische Ziele, sondern die Ausweitung demokratischer Mitspracherechte von der politischen auf die gesellschaftliche Sphäre. Indessen: Das war in den 70er Jahren. Heute ist die Situation eine andere. Die Delegitimation des Parlaments als Ort der gesetzgeberischen Entscheidungsfindung wird heute nicht von außen, sondern von innen bedroht und ist ein Elitenprojekt. Im Namen von Effizienz, Kompetenz, Sachzwängen, Standortpolitik und vermeintlichem Hierarchieabbau des

Staates werden demokratisch nicht legitimierte Industrie- und Verbandssprecher in den Gesetzgebungsprozess einbezogen und das Parlament wird auf einen Ort unverbindlicher Meinungsäußerungen reduziert.

Populisten haben ein feines Gespür dafür, dass hier eine Verengung des politischen Handelns auf Elitenabsprachen und eine zunehmende Bürgerferne von Politik stattfindet. Das von Burke für notwendig erachtete Vertrauen der Wähler in die Repräsentation schwindet dahin, zumal Parteien immer weniger zwischen Bürgern und Staat vermitteln, sondern selbst Quasi-staatsorgane geworden sind. Es klafft also eine wachsende Lücke zwischen Individuum und Staat. In diese Lücke dringen Kräfte ein, die auf je unterschiedliche Weise versuchen, politische Artikulation zu stärken. Anhänger der deliberativen Demokratie setzen auf zivilgesellschaftliches Engagement in der »Bürgergesellschaft«, bisher mit wenig Erfolg. Rechtspopulisten gehen dagegen von einem *a priori* immer schon wahrheitsfähigen *common sense* des »einfachen Mannes« aus, der keiner elitären Bevormundung durch Intellektuelle, Technokraten oder Experten bedürfe. Daher versuchen sie, die Errungenschaften der westlichen Demokratie als Amalgam von liberal-repräsentativen und demokratischen Anteilen wieder auseinanderzubrechen, wozu ihnen freilich »von oben« Anlass gegeben wird. Wohin aber der direkte, ungefilterte Rekurs auf die Volkssouveränität führt, ist bei Carl Schmitt nachzulesen: in eine illiberale, plebiszitäre Führerdemokratie.

### **Selbstinszenierung als Volkstribun**

Mit Blick auf Mittelosteuropa heben Experten hervor, dort sei die Lage anders. Rechtspopulisten treten hier nicht – wie in Westeuropa – von außen gegen die politische Elite oder »Politikerkaste« an, son-

dern waren oder sind selbst an der Macht, in der Regel in Dreiparteienkoalitionen wie in Polen unter Kaczyński, in Ungarn unter Antall und Orban, in der Slowakei unter Fico. Die Grenzen zwischen liberal- oder nationalkonservativ, rechtspopulistisch und rechtsextrem sind kaum noch auszumachen. Mehrdeutigkeit der Diskurse, wohlwollende Duldung der extremen Rechten, halbherzige Distanzierungen gehen, vor allem in Ungarn, einher mit einhelliger Zusammenarbeit auf lokaler Ebene. Aber ein Blick auf Berlusconi Italien oder nach Norwegen zeigt, dass auch im »Westen« Rechtspopulisten längst an der Macht beteiligt sind bzw. als Stützparteien konservativer Regierungen fungierten.

Der französische Parteienforscher Georges Lavau hat, seinerzeit bezogen auf die Kommunistischen Parteien, von deren »tribunizischer Funktion« gesprochen. Sie traten als Volkstribun der politisch sprachlosen unteren Schichten auf. Diese tribunizische Funktion ist inzwischen auf die Rechte übergegangen, am greifbarsten in Frankreich und Italien. Die italienische Lega Nord war bereits auf dem absteigenden Ast und mit bloßen 4,6 % bei den vorletzten Parlamentswahlen eine unbedeutende Regionalpartei in Nordostitalien, als sie sich bei den letzten Parlamentswahlen wie Phönix aus der Asche erhob, ihren Stimmenanteil auf 8,3 % verdoppelte und bei der EU-Wahl sogar auf 10,3 % hochschnellte. Sozialabbau, sinkende Löhne und nicht zuletzt Perspektivlosigkeit und interner Streit der Reformlinken hatten bewirkt, dass sich zahlreiche Arbeiter von der Linken ab- und der Lega Nord zuwandten. Dennoch ist es falsch, im Rechtspopulismus nur ein Phänomen verunsicherter, von Statusverlust bedrohter Unterschichten zu sehen. Und wohlfeil dazu, denn diese Sicht rechtfertigt ja gerade die Abkehr der Eliten vom »irrationalen Plebs«. Rechtspopulismus reicht, ganz im Gegenteil, bis weit in die gesellschaftliche Mitte hinein, von kleinen und mittleren, auf dem Bin-

nenmarkt tätigen Selbstständigen (Handwerker, Kaufleute, Kleinunternehmer) bis zu aufsteigenden Freiberuflern in Sektoren wie Medien, Werbung, Immobilienhandel oder der IT-Branche. Sozialdarwinistische Überlegenheitsgefühle dieser Gruppe verbinden sich mit der Erfahrung von Machtlosigkeit in den unteren sozialen Segmenten. Denn auch auf Modernisierungsverlierer fällt ein Abglanz von Stärke und Überlegenheit, wenn der Unmut ethnisch konnotiert und nach außen gelenkt werden kann.

In Ungarn hat die rechtspopulistische, an der Grenze zum Rechtsextremismus stehende MIEP es lediglich in den 90er Jahren auf rund 5 % der Stimmen gebracht. Aber ihre Bedeutungslosigkeit ist kein Indiz für eine Stabilisierung der Demokratie, wurde sie doch inzwischen von der Jobbik, dem Pendant zur deutschen NPD, überflügelt. Bei den EU-Wahlen 2009 ist Jobbik mit 14,7 % zur drittstärksten Partei des Landes aufgestiegen und wetteifert mit der nationalkonservativen Fidesz darin,

wer der bessere Anwalt Großungarns in den Grenzen von 1915 ist. Die Fidesz sei, so ihr Vorsitzender Orban in den ORF-Nachrichten vom 14.06.2009, »die Partei der grenzüberschreitenden Wiedervereinigung der Ungarn des Karpatenbeckens«. Das Trauma der Gebietsverluste nach dem Friedensschluss von Trianon sitzt tief und macht Ungarn zu einem besonderen Fall, nicht zuletzt auch deswegen, weil dort die akademische Intelligenz maßgeblich an der Rechtswende beteiligt ist. Nicht nur die Fidesz ging 1988 aus studentischen Kreisen hervor, sondern auch die Jobbik 14 Jahre später.

### **Kein Anlass zur Entwarnung**

Populismus ist keine Herausforderung für die Demokratie, wohl aber für den Liberalismus, nicht als Wirtschaftsdoktrin verstanden, sondern als Rechtsstaatsliberalismus mit seinem Freiheits- und Minderheitenschutz. Ob Rechtspopulisten daher

als Wirtschaftsliberale wie Bossi, Berlusconi oder Fortuyn auftreten oder staatliche Schutzmaßnahmen fordern wie der polnische Agrarpopulist Lepper, ist sekundär und tangiert nicht das populistische Credo. Dieses Hemd ist schnell gewechselt, wie Le Pen als Dienstältester in dieser Reihe gezeigt hat. Zentral ist dagegen der demokratische, eher demokratistische, Illiberalismus, die Missachtung und schleichende Demontage des Verfassungs- und Rechtsstaates. Flankiert wird dieser Illiberalismus vom rechtspopulistischen Identitätsdiskurs als schichtübergreifende ideologische Klammer.

Mit dem britischen Populismusforscher Paul Taggart vertrete ich die Ansicht, dass Populismus ein vorübergehendes, episodisches, in seiner Reichweite begrenztes Phänomen ist. Mit Ausnahme der Schweizer SVP und der norwegischen Fortschritts-

partei sind rechtspopulistische Parteien vergleichsweise klein geblieben und rasch in sich zusammengesunken, sobald ihr Sprachrohr (Haider, Fortuyn, Schill) wegfiel. Dennoch besteht kein Anlass zur Entwarnung. Mögen sie als Organisationen auch kommen und gehen, so wirkt doch der Rechtspopulismus als unterschwelliges Syndrom weiter. Bisher hantieren die politischen und Medieneliten von Brüssel bis Berlin hilflos mit der Rundumkeule: Wer nicht für uns ist, ist Populist. Es könnte der Moment kommen, wo diese Abwehrreflexe nicht mehr genügen und man sich der Herausforderung stellen muss, wie demokratischer Mehrheitswille und liberaler Verfassungsstaat, ursprünglich zwei konträre Komponenten eines Amalgams, auf nationaler und vor allem europäischer Ebene wieder zusammengeschnitten werden können.

*Wiedergelesen:*

*Christoph Zöpel*

## **Es gibt sie doch: Europäische Parteien**

**Wirklichkeit jenseits wissenschaftlicher Wahrnehmung**

**Christoph Zöpel**

(\* 1943) Staatsminister a.D., war u.a. von 1978 bis 1990 Minister in NRW und von 2003 bis 2007 Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen. Zuletzt erschienen: *Politik mit 9 Milliarden Menschen in Einer Weltgesellschaft*.

christoph.zoepel@t-online.de



Moderne demokratische Gesellschaften sind ohne ein System konkurrierender Parteien nicht funktionsfähig. Diese normative – wie empirisch gesättigte – Aussage Seymour Martin Lipsets ist erkenntnisleitend für den Sammelband *Politische Parteien und europäische Integration*, den

Jürgen Mittag herausgegeben hat. An Lipset gemessen, wird ein doppeltes Defizit festgestellt:

Erstens, dass europabezogene Parteienaktivitäten nationaler Parteien wie die Formierung von Parteiorganisationen auf europäischer Ebene ein noch weitgehend unbearbeitetes Thema wissenschaftlicher Forschung sind; zweitens, dass die die EU demokratisch legitimierenden Leistungen der europäischen Parteienzusammenarbeit unzureichend sind.

Dem wissenschaftlichen Defizit versuchen Mittag und 33 weitere Autoren abzuwehren, darunter viele junge Wissenschaftler.